

Ivan Kostov

Bulgarien auf einem neuen Weg

Die von den beiden großen Organisationen westlicher Demokratie, der EU und der NATO, geführte Öffnungspolitik gegenüber dem Osten hat die Formel 'Sicherheit durch Integration und Kooperation' ermöglicht. In dieser Formel liegt die langfristige Lösung der Probleme Bulgariens in Hinblick auf Wirtschaft und Sicherheit.

Deshalb begrüßen wir das klare Programm zur Einbeziehung der Staaten Mittel- und Osteuropas in die Europäische Union und die NATO, das konkrete Fristen und Kriterien angibt. Gleichzeitig übernehmen wir unseren Teil der Verantwortung für die Integration und sind gewillt, alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen.

Ich bin zuversichtlich, daß uns die Bundesrepublik Deutschland auch weiterhin kontinuierlich in unseren Bemühungen unterstützen wird. In unseren Augen ist Deutschland ein vorrangiger, erwünschter und traditioneller Partner, ein Land, zu dem wir sowohl in der Vergangenheit, als auch heute mannigfaltige politische, wirtschaftliche, kulturelle und andere Beziehungen pflegen.

Die Union demokratischer Kräfte betrachtet die Europäische Union als die zentrale Integrationsstruktur auf unserem Kontinent und ist überzeugt, daß der EU die Hauptrolle beim Aufbau des vereinten Europa zusteht. Auf diesem Hintergrund ist die besondere Bedeutung des EU-Gipfels zu sehen, der sowohl den Übergang zur Währungsunion, als auch die künftige EU-Erweiterung vorbereiten sollte. Bulgarien begrüßt die Entscheidung, daß ab Anfang 1998 Beitrittsverhandlungen mit neuen EU-Mitgliedern begonnen werden sollen. Ich kann zu meiner Zufriedenheit bekenntgeben, daß wir die Beschlüsse von Luxemburg einerseits als Gebot, die Reformen weiterhin schleunigst durchzuführen, andererseits auch als eindeutige Anerkennung unseres in den letzten Monaten erreichten Fortschritts verstehen.

Ich halte es für angebracht, unsere Dankbarkeit für die klare und entschiedene Position der deutschen Politiker und Staatsmänner in der Zeit vor dem 13. Dezember 1997 in bezug auf die EU-Erweiterung nach Osten zum Ausdruck zu bringen. Wir rechnen bei unserer Vorbereitung auf den EU-Beitritt auch in Zukunft mit der effektiven finanziellen und technischen Unterstützung der Bundesrepublik. Die hauptsächlich finanziellen Quellen für die Beitrittsvorbereitung bleiben die bilaterale Unterstützung nach dem Beispiel des deutschen TRANSFORM-Programms, die über PHARE zufließenden Mittel, sowie andere internationale Programme. Von besonderer Bedeutung ist für uns eine eventuelle Unterstützung bei der im laufenden Jahr stattfindenden Abstimmung über das Volumen der EU-Beitritts-hilfe für Bulgarien.

Auch auf dem Gebiet der Sicherheit brachte das vergangene Jahr 1997 Neues mit sich. Das wichtigste Ereignis war das Treffen in Madrid, dessen Beschlüsse in Zusammenhang mit der NATO-Erweiterung die strategische Perspektive unseres Kontinentes verändert haben. Wir messen der in Madrid aufgenommenen Verpflichtung für einen stufenweise, verantwortungsvollen und transparenten Charakter des Erweiterungsprozesses besondere Bedeutung bei. Es ist ein prinzipielles Gebot, keine neuen Trennungslinien zuzulassen. Bulgarien hat sein Bestreben, der NATO beizutreten, entschieden bekundet und wird Anstrengungen unternehmen, um bereits in der nächsten Beitrittsrunde aufgenommen zu werden. In Hinblick auf dieses Ziel arbeitet Bulgarien an der notwendigen Angleichung des Landes an die Beitrittskriterien: die Reform der Streitkräfte, die Einführung einer demokratischen Kontrolle über die Streitkräfte, das allmähliche Erzielen einer Kompatibilität mit den NATO-

Einheiten, Beteiligungen an friedenserhalten-den Operationen unter der Schirmherrschaft der UNO oder der OSZE.

Ein wesentlicher Bestandteil der sich abzeichnenden europäischen Sicherheitsarchitektur ist die Westeuropäische Union. Als assoziierter WEU-Partner verfolgt Bulgarien besonders aufmerksam den auf die allmähliche Gestaltung einer gemeinsamen Sicherheitspolitik und Verteidigung im Rahmen der EU gerichteten Prozeß, dessen wesentlicher Bestandteil die WEU ist. Für ausgesprochen wichtig halten wir den Kooperationsausbau zwischen der WEU und der NATO, einschließlich auch der immer deutlicher sich abzeichnenden Rolle der WEU als des 'europäischen Pfei-lers' der NATO und dem gemeinsamen Beschluß, eine europäische Identität im Sicherheits- und Verteidigungs-bereich zu entwickeln.

Um die Spaltung zwischen Ost- und Westeuropa zu überwinden, suchen die Staaten aus Mittel- und Osteuropa nach Wegen, ihre Bemühungen miteinander abzustimmen und vor allem ihre wirtschaftlichen Beziehungen im Rah-men des gemeinsamen internationalen Marktes zu erweitern, was ihnen ein stabiles Wirtschaftswachstum ermögli-chen würde. Bulgarien unterstützt alle gemeinsamen Aktivitäten, die auf eine beschleunigte Integration dieses Teils des Kontinents in die EU, die NATO und in die anderen europäischen und internationalen Strukturen abzielen. Unsere Beteiligung an der Zentraleuropäischen Initiative sowie die zu erwartende baldige Aufnahme in die CEFTA nach Abschluß der Verhandlungen sind ein Ergebnis des von der bulgarischen Regierung kontinuierlich ange-wandten Herangehens.

Ich will kurz auf die Perspektiven der Region Südosteuropa eingehen. Unsere Vision für den Balkan im 21. Jahr-hundert ist, daß diese Region sich zur Quelle wirtschaftlichen Wachstums und zum aktivem Vermittler zwischen Europa und seinen Nachbarn im Osten, Nordosten und Südosten – jenen Gebieten, deren strategische Bedeutung im kommenden Jahrhundert offensichtlich steigen wird – entwickelt.

In seiner regionalen Politik versucht Bulgarien, zwischen den Staaten in der Region die europäischen Verhaltens-standards als Voraussetzung für die schnellere Aufnahme in die EU und die NATO durchzusetzen. Wir sind der Auffassung, daß die Integration unserer Region in die europäischen Strukturen der einzige Weg ist, um künftige Konflikte in diesem Teil Europas zu vermeiden und die Reformen und demokratischen Prozesse in den Reform-staaten zu beschleunigen. Bulgarien ist bestrebt, alle seine Aktivitäten in der Region an die sich durchsetzende gemeinsame Außenpolitik der EU und das in der NATO vereinbarte Herangehen anzugleichen.

Eine der Hauptaufgaben der Balkanstaaten ist es, die äußeren und inneren regionalen Finanzierungsquellen um die großen Infrastrukturprojekte zu bündeln, die Südosteuropa verändern und es für die internationale Geschäftswelt attraktiv machen werden. Das bedeutet den Ausbau der regionalen Abschnitte der transkontinentalen Autobahnen und Telekommunikationsverbindungen, die Fertigstellung strategischer Erdöl- und Erdgasleitungen von Asien nach Europa, den Bau neuer Brücken über die Donau und die Einrichtung neuer Grenzübergangspunkte an den kürzlich noch wenig genutzten Grenzen. Unser Hauptziel ist es, das Erbe aus den Zeiten des Kalten Krieges, als die Infra-struktur dazu gedacht war, Staaten und Völker zu trennen, zu überwinden statt zu verbinden,.

Die bulgarische Initiative strebt die Entfaltung der regionalen Kooperation auf fünf Feldern an: gutnachbarschaft-liche Beziehungen, grenzüberschreitende Kooperation, auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes, Ausbau der Infra-struktur, des Handels und der Investitionsförderung, aber auch humanitäre, soziale und kulturelle Beziehungen, ein-schließlich der Rechtsordnung und der inneren Sicherheit sowie bei der Reisefreiheit. Der wesentliche Vorteil dieser Initiative ist, daß ihr Ziel eine multilaterale regionale Zusammenarbeit ist, die auf dem baut, was die Staaten in der Region gemeinsam haben, und nicht auf dem, was sie trennt. Wir meinen, dieser gemeinsame Nenner ist die europä-ische Orientierung und Prägung dieser Staaten, ihre enge Verknüpfung mit den Aktivitäten, Integrationsprozessen und Programmen im Rahmen der EU.

In Südosteuropa spüren wir die Einflüsse von Ereignissen in nahen und entfernteren Regionen, dem Schwarzmeer-raum, der Region östlich des Kaukasus, aber auch dem Östlichen Mittelmeerraum und dem Nahen Osten. Aus diesem Grund hält es Bulgarien für notwendig, die multilaterale regionale Zusammenarbeit sowohl mit den Aktivitäten der Wirtschaftskooperation im Schwarzmeerraum als auch mit der Zentraleuropäischen Initiative und den Projekten für transeuropäische Verbindungen zu koordinieren. Dies vervielfacht die wirtschaftliche Kapazität und das Investoreninteresse an dieser Region.

Es ist nicht von ungefähr, daß ich so stark die außenpolitischen Prioritäten Bulgariens betont habe. Wir sind der Auffassung, daß diese in enger Verbindung zu der innenpolitischen Entwicklung des Landes stehen und daß sie außerdem eine wichtige Voraussetzung für die Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen sind. Dies gilt mit besonderem Nachdruck für ein kleines Land wie Bulgarien.

Nach der einheitlichen Auffassung der neuen politischen Mehrheit in Bulgarien ist es die grundlegende Aufgabe, den erfolgreichen politischen Übergang zur pluralistischen Demokratie durch eine genau so erfolgreiche Transformation der bulgarischen Wirtschaft in eine intakte Marktwirtschaft zu ergänzen. Sicherlich erinnern manche sich an die wortreichen apokalyptischen Artikel über die wirtschaftliche Lage Bulgariens in allen großen, auch in deutschen Medien vom Januar 1997. Ich erinnere an diese Zeit weder aus Kleinlichkeit noch aus politischer Rechthaberei, sondern weil ohne diese Erinnerung nur schwer nachzuvollziehen ist, welchen Weg mein Land in den letzten Monaten zurückgelegt hat.

Im Unterschied zu den meisten mitteleuropäischen Staaten, die seit 1990 einen Übergang zur Marktwirtschaft vollbringen und die im Bereich der makroökonomischen Stabilität Wesentliches erreicht haben, geriet Bulgarien in die Falle der halbherzigen Reformen, der Instabilität und hohen Inflation, der stockenden Stabilisierungsmaßnahmen u.a., wobei der Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität auch nach 1991 andauerte und die Inflation bis zum Jahr 1996 auf zwölf Prozent (im Vergleich zu 62 Prozent im Jahr 1995) anstieg, um ihren Höhepunkt von 242,7 Prozent im Februar 1997 zu erreichen. Der Faktor jedoch, der die Wirtschaftskrise zur Jahreswende zusätzlich zuspitzte, war ein politischer: der totale Verlust des Vertrauens in die Regierung der Ex-Kommunisten. Deshalb führten die einmonatigen friedlichen Proteste, an denen sich die überwiegende Mehrheit der Bulgaren beteiligte, im Februar 1997 zur Überwindung der politischen Krise, zur Berufung einer Übergangsregierung durch den Staatspräsidenten und zur Verabschiedung des Beschlusses, im April vorgezogene Parlamentswahlen durchzuführen. Fast unmittelbar nach diesen politischen Ereignissen kam es zum Stillstand der wirtschaftlichen Talfahrt. Erste Anzeichen der finanziellen Stabilisierung machten sich bereits im März bemerkbar. Die Entwertung des Lewa verlangsamte sich und der Wechselkurs fiel von 3000 Lewa pro Dollar Mitte Februar auf 1589 Lewa pro Dollar Ende März, während die Monatsinflation von 242,7 Prozent im Februar auf 12,3 Prozent im März zurückging. Außenpolitische Faktoren, die außerdem die Überwindung der Finanzkrise positiv beeinflussten, waren die Verhandlungen für ein neues Abkommen mit dem Internationalen Währungsfond, die von dem IWF und der Weltbank gewährten Schnellkredite sowie die Unterstützung durch die EU. Der Abschluß einiger größerer Privatisierungsgeschäfte vergrößerte den Zufluß von finanziellen Ressourcen und trug zur Verbesserung der Liquidität der Wirtschaft bei.

Ein entscheidender stabilisierender Faktor seit sechs Monaten ist das vom Parlament am 5. Juni 1997 verabschiedete neue Gesetz über die Bulgarische Nationale Notenbank, welches sowohl die Funktion dieser Institution als auch die Instrumente zur Beeinflussung der Geldausgabe verändert hat. Unter allen traditionellen Instrumenten der Geldpolitik entscheidet die Notenbank einzig über die Größe der minimalen Rücklagen, die die Banken bei der Zentralbank zu hinterlegen haben, während die Geldemission von der Dynamik der Währungsreserve in der Zentralbank abhängt (die Emissionstätigkeit der Notenbank richtet sich nach den Prinzipien des Währungsrates). Die nationale Währung, der Lewa, ist per Gesetz in einem festen Wechselkurs von 1000: 1 an die Deutsche Mark gekoppelt, wobei nach der Einführung der Währungsunion der bulgarische Lewa an den Euro über den Wechselkurs der DM gekoppelt wird.

Die Entscheidung für die Deutsche Mark als Reservewährung beruhte vor allem auf dem Bestreben Bulgariens nach einer vollwertigen Integration in die Europäische Union. Die kontinuierliche Einhaltung der Vorgaben des Währungsrates wird mittelfristig eine schmerzlose Anbindung Bulgariens an die Europäische Union ermöglichen.

Der größte Erfolg der Wirtschaftspolitik im Jahr 1997 war die Senkung des Leitzinssatzes von 300 Prozent auf sechs Prozent jährlich. In der zweiten Jahreshälfte ging die Inflation auf 0,5 Prozent zurück im Vergleich zu 275 Prozent im Februar. Die verheerende Krise führte im ersten Quartal 1997 zur Senkung des Bruttoinlandsprodukts um 11,7 Prozent. Die darauf folgende allmähliche Erholung der Wirtschaft hat einen Teil des Rückgangs des BIP aufgefangen und für das ganze Jahr 1997 wird der Rückgang des BIP auf sieben bis acht Prozent geschätzt. Seit April begann die Arbeitslosenquote zu sinken und ging von 15,3 Prozent im April auf 13,5 Prozent Ende November zurück.

Ein Zeugnis von dem Wandel zum Guten ist auch das gewachsene Volumen der direkten Auslandsinvestitionen von 109 Millionen Dollar für das gesamte Jahr 1996 auf fast 500 Millionen Dollar für die ersten neun Monate des Jahres 1997. Wir sind uns vollkommen im klaren darüber, daß ein Wirtschaftswachstum allein auf der Grundlage der eigenen Kapitalressourcen eine Utopie ist. Deshalb sind die Privatisierung und der Zufluß von Mitteln in die privatisierten Betriebe sowie die staatliche Beteiligung an großen Infrastrukturprojekten mit mehrheitlicher Beteiligung ausländischen Kapitals das Herzstück unserer Reform.

Der Kapitalzufluß in die bulgarische Wirtschaft sowohl durch den Ankauf staatlichen Eigentums als auch über unmittelbare Investitionen wird die Voraussetzungen für ein langfristiges Wirtschaftswachstum schaffen, während die makroökonomische Stabilität aufgrund des festgelegten Wechselkurses und der niedrigen Inflationsraten – von sechs bis sieben Prozent nach 1999 – zur Berechenbarkeit und Sicherheit bei Investitionsprojekten führen wird.

Bulgarien kann es sich nicht leisten, Zeit zu vergeuden. Wir haben aber nicht vor, um Almosen zu bitten; die humanitäre Hilfe, für die wir zutiefst dankbar sind, kann eine Gesundung unserer Wirtschaft nicht bewirken. Das neue Gesetz für Auslandsinvestitionen, das neue Konzessionsgesetz und das grundlegend novellierte Privatisierungsgesetz sind Zeugnisse unserer Entschlossenheit, Bulgarien für das ausländische Investitionsinteresse attraktiv zu machen.

Entsprechend den neuen Gesetzesregelungen können Ausländer und ausländische Gesellschaften alle Formen von Immobilien einschließlich landwirtschaftlicher Nutzflächen erwerben, vorausgesetzt, sie sind als Handelsgesellschaft und juristische Person nach bulgarischem Recht eingetragen. In dieser Hinsicht ist Bulgarien vielen mittel- und osteuropäischen Staaten voraus. Die Regelungen in bezug auf den Erwerb von Grund und Boden durch Ausländer hindern in keiner Weise ausländische Gesellschaften oder natürliche Personen an wirtschaftlicher Tätigkeit in Bulgarien. Ausländer können Eigentum an Gebäuden und Immobilien erwerben, sie können bauen und Gebäude besitzen.

Die Privatisierungs- und Konzessionsverfahren wurden vereinfacht und erleichtert. Entschieden hat sich der Arbeitsstil der staatlichen Behörden verändert; in die Verwaltung kamen junge, von der Vergangenheit unbelastete Menschen. Bulgarien entwickelt sich schnell und sichtbar zu einem attraktiven und interessanten europäischen Staat.

Der Text wurde von Dr. Evelina Parvanova aus dem Bulgarischen übersetzt.

Ivan Kostov ist Präsident der Republik Bulgarien. Der hier veröffentlichte Beitrag ist der Text einer Rede, die er am 20. Januar 1998 in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin gehalten hat.